

Antrag Nr. 4

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 178. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 9. November 2022

Öffentliche Daseinsvorsorge stärken um Frauen zu entlasten

Care-Arbeit ist (über-)lebensnotwendig für das Funktionieren einer Gesellschaft. Care-Arbeit ist jene Arbeit, die nötig ist, um durch die Befriedigung von Bedürfnissen für das Wohl einzelner Menschen oder Personengruppen während der gesamten Lebensspanne zu sorgen. Zur Care-Arbeit zählen sowohl private, informell und unbezahlt im Haushalt erbrachte Arbeit (zB Hausarbeit, Kindererziehung, Begleitung bei Krankheit und Beeinträchtigung) als auch formelle, beruflich erbrachte und bezahlte Leistungen in verschiedenen Dienstleistungsbereichen, wie Bildungs- und Gesundheitswesen, Einrichtungen der sozialen Arbeit, Langzeitpflege oder die Begleitung von Menschen mit Behinderungen. Diese Arbeit wird in unserer Gesellschaft vorwiegend von Frauen geleistet.

Für ein gutes Leben müssen sowohl das persönliche Wohlergehen in allen Altersstufen als auch ein förderliches soziales Umfeld entwickelt und bewahrt werden. Diese Aufgaben stellen bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit sicher und sind damit die Grundlage für unser soziales Zusammenleben. Care-Arbeit steckt allerdings vielfach in der Krise: Entgegen seiner gesellschaftlichen Relevanz ist der Care-Sektor durch schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Entlohnung und einer eklatanten Personalnot charakterisiert. Es besteht ein massiver Mangel an professionellen Angeboten der Care-Arbeit, die für Entlastung der Familien, qualitätsvolle Begleitung unterstützungsbedürftiger Menschen sowie ökonomische Wertschöpfung und soziale Sicherheit sorgt.

Diese Unterversorgung trägt ua dazu bei, dass viele notwendige Betreuungsleistungen in private Haushalte verschoben werden. Zwei Drittel davon werden von Frauen erbracht. Sie betreuen Kinder, pflegen Angehörige, stellen den Alltagsablauf durch Hausarbeit sicher. Das führt dazu, dass viele Frauen keiner Erwerbsarbeit oder nur in geringem Stundenausmaß nachgehen können. In der EU gehen zB zurzeit [7,7 Millionen Frauen](#) aufgrund ihrer unbezahlten Care-Verantwortungen keiner Erwerbsarbeit nach. Das entzieht Frauen soziale Sicherheit aber auch Lebenschancen und führt in finanzielle Abhängigkeit, Armutsgefährdung und Altersarmut.

Gleichzeitig ist die beruflich erbrachte Care-Arbeit im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der sozialen Arbeit, der Langzeitpflege oder der Begleitung von Menschen mit Behinderungen finanziell ausgehungert und durch schlechte Arbeitsbedingungen geprägt. Der Großteil der Beschäftigten sind Frauen (so liegt der Frauenanteil in den [Gesundheitsberufen](#) bei 85 %, in der [Elementarpädagogik](#) bei 96 %). Die Arbeit mit Menschen ist im Vergleich zu Arbeit mit technischen Geräten schlechter entlohnt. Der durchschnittlicher Bruttostundenlohn in Betreuungsberufen liegt bei € 13,70, bei Techniker:innen hingegen bei € 20,10. Das trägt in Summe zum Personalmangel in allen Care-Bereichen bei (zB fehlen in der Pflege bis 2030 rund 76.000 Fachkräfte). Das erhöht wiederum unmittelbar den Arbeitsdruck, bringt schlechtere Qualität mit sich und befeuert eine Abwärtsspirale der beruflichen Care-Arbeit. Die jüngsten Proteste von Elementarpädagog:innen und Gesundheitspersonal verdeutlichen die Dringlichkeit der Lage.

Die Auswirkungen des Nicht-Handelns sind verheerend, der Nutzen hingegen die Basis für ein gutes Leben. Care sichert Zukunftschancen, da sich frühkindliche Bildung positiv auf die Entwicklung von Kindern auswirkt und auch im späteren Leben das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung verringert. Care-Arbeit

ermöglicht es Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, ihre Eigenständigkeit zu bewahren, an der Gesellschaft teilzuhaben und in Würde zu leben. Ein Ausbau des öffentlichen Care-Sektors entlastet nicht nur Frauen, sondern kommt der Gesellschaft auch finanziell zugute. Care-Dienstleistungen stärken regionale Wirtschaftskreisläufe und die Sozialversicherungssysteme. Für die Langzeitpflege hat das WIFO etwa berechnet, dass von jedem öffentlich investierten Euro 70 Cent wieder in öffentliche Budgets einfließen. In der Elementarpädagogik würde eine Erhöhung der Betreuungsquote auf das Barcelona-Ziel 241 Millionen benötigen und Rückflüsse von [373 Millionen Euro](#) durch öffentliche Abgaben und höhere Konsumausgaben einbringen. Außerdem können hier sinnstiftende und weitgehend CO2 neutrale Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die 178. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen/Punkte umzusetzen:

- Um Frauen von ihrer unbezahlten Care-Arbeit zu entlasten, muss diese als Teil der **öffentlichen Daseinsvorsorge** durch die öffentliche Hand langfristig und nachhaltig sichergestellt und solidarisch finanziert werden
- **Qualitativ hochwertige und leistbare Care-Arbeit sichern**
 - **Verbindliche Qualitätskriterien:** Die Leistungen müssen flächendeckend verfügbar, leistbar und auf die Bedürfnisse und Bedarfe der unterstützten Menschen abgestimmt sein. Kontinuität muss sichergestellt und ein angemessener Umfang gewährleistet werden, damit Frauen ausreichend Zeit haben, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen aber auch persönliche Bedürfnisse befriedigen zu können.
 - **Rechtsanspruch** auf Leistungen der Kinderbildung und Langzeitpflege schaffen und einen verbindlichen Zeitplan für den erforderlichen Ausbau entwickeln
 - **Bessere Betreuungsverhältnisse** und mehr Zeit für begleitete Kinder und Erwachsenen
 - Bundesgelder sollen über **Zweckzuschussgesetze** (Fondslösungen) an die Länder transferiert werden. Österreichweite Qualitätskriterien müssen an die Zahlungen gebunden werden, die Steuerung erfolgt gemeinsam durch Bund und Länder.
 - **Verbesserung der Datenlage** in allen Care-Bereichen, wie zB Anzahl der Beschäftigten und Entwicklung des Bedarfs, um vorausschauend planen zu können
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen**
 - Aufgrund der hohen psychischen und physischen Arbeitsbelastung braucht es eine **Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Lohnausgleich
 - **Aufstockung des Personals** für stabile Dienstpläne, erholsame Freizeit und bessere Betreuungsqualität.
 - **Bessere Entlohnung**, um Arbeitsplätze im Care-Bereich attraktiver zu machen und gesellschaftlich deutlich aufzuwerten. Das fördert Geschlechtergerechtigkeit, da damit auch der Gender Pay Gap nachhaltig reduziert werden kann.
- **Attraktive Ausbildungen**
 - **Kostenfreier Ausbildungszugang**
 - **Existenzsichernde** Stipendien während Grundausbildungen, Fortbildungen zur Höherqualifikation oder während Nachqualifikation im Rahmen einer Nostrifikation, um zu verhindern, dass Ausbildungen aus finanziellen Gründen nicht begonnen oder abgebrochen werden
 - Sicherstellung der **Durchlässigkeit** zwischen den Qualifikationsstufen eines Berufs sowie verbindliche Anrechenbarkeitsregelungen von Kompetenzen zwischen Care-Berufen

- Maßnahmen, um die **Diversität** unter Care-Beschäftigten zu erhöhen.
- **Entwicklung effektiver Instrumente auf EU-Ebene**
 - Einheitliche **Mindeststandards** inklusive Sanktionsmechanismen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie zur Verbesserung der Qualität der Leistungen
 - neue Wege für die **Finanzierung** zusätzlicher Care-Ausgaben, zum Beispiel ähnlich dem Aufbau- und Resilienzplan (RRF - Recovery and Resilience Facility)
 - **Ausweitung der EU-Care-Strategie** auf weitere Bereiche der Care-Arbeit, wie zB Soziale Arbeit

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich